

furrerhugi.



Frühe Kindheit ist entscheidend

BERICHT VOM 15. NOVEMBER 2017 ZUR POLITIK DER FRÜHEN KINDHEIT

KANTONALE PARLAMENTE

Beobachtungszeitraum: September bis Oktober 2017

furrerhugi. ag

Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Bern | T +41 31 313 18 48 | F +41 31 313 18 49
Schützengasse 4 | CH-8001 Zürich | T +41 44 251 01 43
Avenue de l'Université 18 | CH-1005 Lausanne | T +41 21 312 16 86
Corso Elvezia 16 | Casella postale 5607 | CH-6901 Lugano | T +41 91 911 84 89
45, Square Ambiorix | B-1000 Bruxelles | T +32 2 235 00 20

info@furrerhugi.ch | www.furrerhugi.ch

1 EINLEITUNG

Der vorliegende Bericht zu den Aktivitäten auf kantonaler Ebene geht auf die Periode September bis Oktober 2017 ein. Auch in dieser Berichtsperiode betrafen mehrere Vorstösse das Angebot an familienergänzenden Betreuungsangeboten und die Belastung bzw. staatliche Unterstützung der Eltern für die anfallenden Kosten für die Krippenplätze. Wiederum wurden Anfragen zu den [Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung](#) des Bundes gestellt und wie diese von den Kantonen genutzt werden könnten.

In zwei Kantonen kam der Vaterschaftsurlaub aufs politische Parkett, jedoch wurde er in Basel vom Parlament verworfen und im Kanton Neuenburg wurde die Anfrage annulliert.

Erwähnenswert ist ein Vorstoss aus dem Kanton Bern, der das Hausbesuchsprogramm sichern möchte. Der Regierungsrat kommt in seiner Antwort zum Schluss, dass das Programm schrittweise spürbare positive Effekte hat und er Optionen prüft, das Programm gemeinsam mit der Mütter- und Väterberatung auszubauen.

Im Generellen zeigt sich, dass die Themensetzung in den Kantonen ähnlichen Mustern wie auf nationaler Ebene folgt. Dies nicht nur bzgl. der Inhalte, sondern auch in Bezug auf die Durchsetzbarkeit der politischen Vorstösse in den jeweiligen kantonalen Parlamenten.

2 WICHTIGE LAUFENDE UND PENDENTE VORSTÖSSE

Vereinbarkeit Beruf Familie

Im Kanton Schaffhausen hat eine Initiative der AL verlangt, dass für die gesamte Regelschulzeit unentgeltliche familienergänzende Betreuungsangebote eingeführt werden. Der [«Initiative Beruf & Familie \(Tagesschulen 7to7\)»](#) wurde vom Regierungsrat ein Gegenvorschlag gegenüberstellt. Jedoch hat die Regierung bereits am 22. September 2015 einen Bericht und Antrag zur Einführung bedarfsgerechter schulergänzender Tagesstrukturen an den Kantonsrat überwiesen. Der aktuelle Gegenvorschlag ist identisch mit dem Bericht von 2015.

Familienergänzende Kinderbetreuung

Im Kanton St. Gallen erkundigt sich die SP-Grüne-Fraktion in ihrer Interpellation [«Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Elterntarife für Kinderkrippen müssen sinken»](#) nach dem Umgang mit den neuen Bundesfinanzhilfen zur Erhöhung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Regierung antwortet am 15. August 2017 folgendermassen: Die finanzielle Belastung der Eltern für familienergänzende Kinderbetreuung ist hoch und das Angebot ist nicht immer auf ihre Bedürfnisse abgestimmt. Der Bund will deshalb mit zusätzlichen Finanzhilfen das Potential der Betreuungsangebote aufgrund des Fachkräftemangels stärker ausschöpfen und die Betreuungskosten für Eltern senken sowie das Betreuungsangebot stärker auf die Bedürfnisse der Eltern anpassen. Die Regierung wartet nun auf die Verordnung und die in Kraft Setzung im Sommer 2018. Auch in den Kantonen Aargau, Luzern und Basel-Landschaft wurden Vorstösse eingereicht, die zum Ziel hatten, herauszufinden wie die Finanzhilfen des Bundes für die familienergänzende Betreuung für die Kantone genutzt werden können ([Familienergänzenden Betreuung – Beiträge des Bundes](#); [Die Prüfung der Einreichung eines Gesuchs zur zusätzlichen finanziellen Unterstützung der Kinderbetreuung durch den Bund](#); [Finanzierungshilfe des Bundes für familienergänzende Kinderbetreuung](#)).

Die FDP Genf verlangt in der Motion [«Doublement du nombre de « Mary Poppins » : plus de places de garde et de nombreuses personnes réinsérées»](#), dass das private Betreuungsangebot «Mary Poppins» von Pro Juventute ausgebaut wird. Konkret möchten die Motionäre, dass die Angebote verdoppelt werden, von 170 Betreuerinnen und Betreuern auf 340 Stellen. Die zusätzlichen Kosten sollen vom Kanton übernommen werden.

Familienpolitik

In Basel-Stadt wurde die Initiative der SP für die [«Einführung eines vierwöchigen Vaterschaftsurlaubs!»](#) im Parlament abgelehnt. Im Kanton Neuenburg hat eine Anfrage im Parlament von der Regierung wissen wollen, wann der Vaterschaftsurlaub in der kantonalen Verwaltung eingeführt würde ([À quand le congé paternité ?](#)).

Volksschule

Die SVP und EDU verlangen in einer Motion, die vorgesehenen finanziellen Ressourcen prioritär für ein besseres Betreuungsverhältnis in Kindergartenklassen mit vielen Vierjährigen einzusetzen. Die Motion argumentiert, dass die Kindergartenstufe die Kinder zu wenig gut auf den Schuleintritt vorbereite, da das neue Modell des zweijährigen obligatorischen Kindergartens der Förderung der

Kinder zu wenig nachkomme. Der Regierungsrat antwortet, dass er bereit ist, das Modell Basisstufe zu prüfen und zu analysieren, ob die bestehenden Ressourcen noch besser für die Schulung der Vierjährigen eingesetzt werden können.

Chancengerechtigkeit

Im Kanton Bern wurde eine Motion eingereicht, die zum Ziel hat, das Programm schrittweise zu stärken und im ganzen Kanton verfügbar zu machen. Die Regierung unterstützt die Stossrichtung des Vorstosses und sie attestiert einen deutlichen Nutzen für die teilnehmenden Familien. Die GEF prüft nun in Zusammenarbeit mit der Mütter- und Väterberatung Bern die Entwicklung eines ergänzenden Hausbesuchsprogramms parallel zu den bisherigen Standorten mit schrittweise.

3 ALLE GESCHÄFTE (PENDENTE, LAUFENDE UND ERLEDIGTE)

Vereinbarkeit Beruf und Familie

«Initiative Beruf & Familie (Tagesschulen 7to7)»		Schaffhausen	03.04.2017: Eingereicht
Promouvoir le télétravail afin de faciliter la conciliation vie familiale-vie professionnelle et notamment le travail féminin : quel bilan dans la fonction publique vaudois		Waadt	13.09.2017: Antwort der Regierung 07.03.2017: Eingereicht
Familiengerechte Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	Basel-Stadt	15.05.2017: Eingereicht
Ganztageschulen	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	Bern	06.06.2017: Eingereicht
Flächendeckendes Angebot von Tagesstrukturen in der Stadt Basel	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	Basel-Stadt	16.08.2017: Antwort der Regierung 15.05.2017: Eingereicht
Einhaltung der Blockzeiten im Kindergarten	SP/PS (Sozialdemokratische Partei), FDP/PRD/PLR (Freisinnig-Demokratische Partei)	Zürich	01.11.2017: Erledigt 28.08.2017: Eingereicht
Bessere Kostendeckung bei Tagesschulen	SVP/UDC (Schweizerische Volkspartei)	Bern	19.06.2017: Eingereicht
"Ferienbetreuung durch die Tagesstrukturen"		Basel-Stadt	28.09.2017: Eingereicht
Betreuung kranker Kinder	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	Basel-Landschaft	14.09.2017: Überwiesen 14.09.2017: Parlament unterstützt Vorstoss

			14.09.2017: Regierung beantragt Annahme 23.03.2017: Eingereicht
--	--	--	--

Familienergänzende Kinderbetreuung

«Günstigere familienexterne Betreuung von Kindern auch in Uri!»	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	Uri	24.05.2017: Eingereicht
Assistenza, assegni famigliari integrativi e assegni famigliari di prima infanzia	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	Tessin	23.06.2017: Eingereicht
Bundesbeschluss über Finanzhilfen für die Erhöhung von kantonalen und kommunalen Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung zur besseren Abstimmung des Betreuungsangebotes auf die Bedürfnisse der Eltern	GLP (Grünliberale Partei Schweiz)	Aargau	13.09.2017: Antwort der Regierung 20.06.2017: Eingereicht
Modification de la loi sur les structures d'accueil extrafamilial de jour (LStE) - Nouvel alinéa à l'article 13 (Soutien à l'encadrement particulier	FDP/PRD/PLR (Freisinnig-Demokratische Partei), SVP/UDC (Schweizerische Volkspartei)	Freiburg	10.07.2017: Eingereicht
Kinderbetreuung in Beschäftigungs- und Integrationsprogrammen	SVP/UDC (Schweizerische Volkspartei), GPS/PES (Grüne Partei), EVP/PEV (Evangelische Volkspartei)	Bern	04.09.2017: Überwiesen 04.09.2017: Parlament unterstützt Vorstoss 13.06.2017: Diskussion verschoben 17.05.2017: Regierung beantragt Annahme 17.05.2017: Antwort der Regierung 20.03.2017: Eingereicht
Familienergänzenden Betreuung – Beiträge des Bundes	CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei)	Basel-Landschaft	31.10.2017: Antwort der Regierung 18.05.2017: Eingereicht
Die Prüfung der Einreichung eines Gesuchs zur zusätzlichen finanziellen Unterstützung der Kinderbetreuung durch den Bund	GLP (Grünliberale Partei Schweiz)	Luzern	31.10.2017: Eingereicht
Finanzierungshilfe des Bundes für familienergänzende Kinderbetreuung	GLP (Grünliberale Partei Schweiz)	Aargau	07.11.2017: Erledigt 20.09.2017: Antwort der Regierung 20.06.2017: Eingereicht
Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung	AL (Alternative Liste)	Zürich	13.09.2017: Regierung beantragt Ablehnung 13.09.2017: Antwort

			der Regierung 26.06.2017: Eingereicht
Doublement du nombre de « Mary Poppins » : plus de places de garde et de nombreuses personnes réinsérées	FDP/PRD/PLR (Freisinnig-Demokratische Partei)	Genf	16.10.2017: Eingereicht

Volksschule

Sauvegarder les prérogatives des prestataires privés en matière de pédagogie spécialisée	SVP/UDC (Schweizerische Volkspartei)	Waadt	13.06.2017: Eingereicht
Freie Wahl des Unterrichtsmodells «Ja zu Lehrplänen mit klar definierten Stoffinhalten und Themen»; Gegenvorschlag des Regierungsrates	-	Basel-Stadt	29.06.2017: Eingereicht
Bildungsbericht Nordwestschweiz 2017		Basel-Landschaft	04.07.2017: Eingereicht
"L'allievo, il docente e la scuola media"		Tessin	05.07.2017: Eingereicht
Des enfants non scolarisés dans le canton de Vaud ?		Waadt	23.05.2017: Eingereicht
Eine Überprüfung des halbjährlichen Kindergarteneintritts	GLP (Grünliberale Partei Schweiz)	Luzern	31.10.2017: Eingereicht
Tätigkeiten der Lehrpersonen im Rahmen der integrativen Förderung	SP/PS (Sozialdemokratische Partei), FDP/PRD/PLR (Freisinnig-Demokratische Partei), CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei)	Zürich	27.03.2017: Eingereicht
Bildungsstrategie 2025		Schwyz	06.09.2017: Eingereicht
"Recht auf kostenlose Bildung für alle"		Basel-Stadt	28.09.2017: Eingereicht

Chancengerechtigkeit

Den Fokus auf die Förderung der Vierjährigen legen - Ressourcen optimal einsetzen	SVP/UDC (Schweizerische Volkspartei), EDU/UDF (Eidgenössisch-Demokratische Union)	Bern	04.09.2017: Überwiesen 04.09.2017: Parlament unterstützt Vorstoss 05.07.2017: Regierung beantragt Annahme 05.07.2017: Antwort der Regierung 25.01.2017: Eingereicht
Einige Eltern brauchen dringendst Hilfe!	SP/PS (Sozialdemokratische Partei), PSA (Autonome Sozialistische Partei)	Bern	08.06.2017: Eingereicht
Konzepterarbeitung, die Möglichkeit der verbindlichen Einbindung der Eltern- und Familienarbeit bei vermuteten Entwicklungsdefiziten zu Beginn der Volksschulzeit	CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei)	Aargau	13.09.2017: Regierung beantragt Ablehnung 13.09.2017: Antwort der Regierung 20.06.2017: Eingereicht
Frühe Förderung zu Gunsten der Kinder in allen Regionen!	SP/PS (Sozialdemokratische Partei), PSA (Autonome Sozialistische Partei)	Bern	18.10.2017: Antwort der Regierung 06.06.2017: Eingereicht
Gesamtheitlich optimierte Frühförderung fremdsprachiger Kinder		Schaffhausen	26.10.2017: Eingereicht

Familienpolitik

«Regulierungsfolgeabschätzung „Familien“» / Änderung von § 58 Abs. 1 Dekret zum Gesetz über die Organisation und die Geschäftsführung des Landrats (Geschäftsordnung des Landrats)		Basel-Landschaft	05.09.2017: Parlament unterstützt Vorstoss 05.09.2017: Regierung beantragt Annahme 05.09.2017: Eingereicht
Vernehmlassung Gesetzesentwurf Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien	CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei)	Freiburg	04.08.2017: Eingereicht
Ideales Lebensumfeld für Familien – Anpassung der Familienzulagen		Schaffhausen	15.05.2017: Eingereicht

Gesetz betreffend die Änderung des Gesetzes über die Familienzulagen		Thurgau	21.09.2017: Kommission beantragt Annahme 14.06.2017: Eingereicht
Familienfreundlicher Kanton Bern: Zwei Wochen Vaterschaftsurlaub für alle!	SP/PS (Sozialdemokratische Partei), EVP/PEV (Evangelische Volkspartei), GLP (Grünliberale Partei Schweiz), GPS/PES (Grüne Partei)	Bern	14.06.2017: Regierung beantragt Ablehnung 14.06.2017: Antwort der Regierung 25.01.2017: Eingereicht
E le deduzioni per figli allo studio?	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	Tessin	31.01.2017: Eingereicht
Più reddito a disposizione per le famiglie: creazione di un'indennità di fr. 2'000.- annui per famiglie residenti in Ticino con figli a carico	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	Tessin	14.02.2017: Eingereicht
Update Familienbericht	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	Basel-Landschaft	14.09.2017: Überwiesen 14.09.2017: Parlament unterstützt Vorstoss 14.09.2017: Regierung beantragt Annahme 23.03.2017: Eingereicht
À quand le congé paternité ?	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	Neuenburg	08.11.2017: Erledigt 22.09.2017: Eingereicht
Erziehungskompetenz von Eltern fördern mit Bildungsgutscheinen	CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei)	Sankt Gallen	19.10.2017: Antwort der Regierung 13.06.2017: Eingereicht

Varia

Über die hohen beruflichen Einstiegshürden für Fachfrau/Fachmann Betreuung durch lange Praktika in der Fachrichtung Kinder	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	Luzern	19.09.2017: Antwort der Regierung 16.05.2017: Eingereicht
Senkung der Fallkosten bei Sonderschulen, Heimen und Werkstätten	FDP/PRD/PLR (Freisinnig-Demokratische Partei)	Aargau	20.09.2017: Regierung beantragt Annahme 20.09.2017: Antwort der Regierung 20.06.2017: Eingereicht
Bildungsqualität statt Abbau: Logopädie	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	Basel-Landschaft	28.09.2017: Eingereicht

Bildungsqualität statt Abbau: Stärkung der Berufsbildung	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	Basel-Landschaft	28.09.2017: Eingereicht
Avances pour l'entretien des enfants, des conjoints ou des ex-conjoints : adaptation au nouveau droit des pensions alimentaires pour les enfants	CVP/PDC/PPD (Christlichdemokratische Volkspartei), FDP/PRD/PLR (Freisinnig-Demokratische Partei)	Freiburg	12.10.2017: Eingereicht
Einsatz von Praktikantinnen/Praktikanten in Kindertagesstätten	SP/PS (Sozialdemokratische Partei)	Bern	18.10.2017: Antwort der Regierung 07.06.2017: Eingereicht
Subsides à l'assurance maladie et Loi sur l'accueil de jour des enfants - Quelles conséquences en cas de refus de la RIE III fédérale ?	FDP/PRD/PLR (Freisinnig-Demokratische Partei)	Waadt	24.01.2017: Eingereicht

